

# Vorwort

Als zu Beginn des Jahres 2009 bekannt wurde, dass das Gebäude in der Stuttgarter Dorotheenstraße, in dem die Zentrale der ehemaligen Politischen Polizei und späteren Gestapo für Württemberg und Hohenzollern untergebracht war, abgerissen werden sollte, gründete eine beachtliche Anzahl Engagierter eine Initiative und forderte den Erhalt des Hauses. Bei der von ihr angestoßenen und kontrovers geführten öffentlichen Diskussion über die Bedeutung dieses authentischen Ortes wurde offenbar, wie fragmentarisch und rudimentär das vorhandene Wissen war. Wir nahmen uns vor, diese Lücke in der regionalhistorischen Erforschung des NS-Regimes mit einer systematischen Darstellung der Gestapo in Württemberg und Hohenzollern zu schließen.

Unser Motiv dabei war auch, ein Stück Zeitgeschichte begreifbar zu machen. Die Entwicklung von der Politischen Polizei zur Gestapo und ihr entgrenzter Terror waren in gesellschaftliche Dynamiken eingebettet, denen politische und ökonomische Interessen zu Grunde lagen. Diese zu erkennen und zu verstehen schärft den kritischen Blick auf gegenwärtiges Geschehen und gegenwärtige Entwicklungen. Die damaligen Akteure und Akteurinnen leben zumeist nicht mehr und Geschichte wiederholt sich nicht. Aber Elemente nationalsozialistischer Ideologie wirken weiter: in mangelnder Empathie gegenüber sogenannten sozial Schwachen, in der Intoleranz gegenüber Minderheiten, in der Biologisierung von Delinquenz, im Antisemitismus und Rassismus quer durch die Gesellschaft sowie in der Geringschätzung demokratischer und gewerkschaftlicher Rechte und Freiheiten.

Im krisenbestimmten Europa der Gegenwart erstarben derzeit antipluralistische, antidemokratische und völkische Positionen, verzeichnen extrem rechte und neonazistische Parteien Wahlerfolge. In Deutschland starben in den vergangenen 20 Jahren annähernd 200 Menschen infolge neonazistischer Gewalt.

Zu Beginn der Arbeit gingen wir davon aus, einen überschaubaren Gegenstand gewählt zu haben. Im Laufe unserer Recherchen wuchs er sich jedoch, allein schon im Hinblick auf die Vielzahl der Verfolgungstatbestände, zu einem Themenkomplex aus, der unsere Arbeitskapazitäten zu überfordern und den geplanten Umfang des Buches zu sprengen drohte. Den Anspruch einer umfassenden systematischen Darstellung konnten wir so nicht mehr aufrecht erhalten. Herausgekommen ist gleichwohl eine Pionierarbeit und ein Grundlagenwerk, das die Ebene der Erlasse und Verordnungen mit den Realitäten vor Ort kontrastiert und einige neue und überraschende Einsichten bietet. Eine breite und, wie wir hoffen, solide Basis für weitere Studien.

Die Arbeiten zu dem Sammelband wurden von den sechs Autorinnen und Autoren neben ihrem Broterwerb unentgeltlich unter immensem Zeitaufwand geleistet. Wir bedauern, dass Volger Kucher aus gesundheitlichen Gründen aus der Autorengruppe ausscheiden musste. Die meisten Beiträge wurden gemeinsam besprochen. Inhaltliche Differenzen, Bewertungen oder voneinander abweichende thematische Gewichtungen konnten nicht immer aufgehoben wer-

den. Jede Autorin und jeder Autor zeichnet für den jeweiligen Beitrag verantwortlich.

Mit dem Zuspruch und den wiederkehrenden Aufmunterungen aus unserem persönlichen Umfeld und der Geduld unserer Verleger ist uns die Fertigstellung schließlich gelungen. Ein herzliches Dankeschön an alle Freundinnen und Freunde, Partnerinnen und Partner für ihre geleistete Unterstützung, für die Geduld, Rücksichtnahme und das Verständnis, auch wenn uns nur noch wenig oder gar keine Zeit mehr für euch blieb. Herzlich bedanken wir uns auch bei Martin Wetter, der uns mit seinem Lektorat, seinen Anregungen und Korrekturen zur Seite stand sowie bei Sven Schachtler für die grafische Umsetzung des Geschäftsverteilungsorganigramms und bei Thomas Binder für die Titgestaltung. Unser weiterer Dank geht an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der folgenden Archive für ihre Unterstützung und ihre wertvollen Hinweise auf für uns wichtige Bestände: Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde, Bundesarchiv-Außenstelle Ludwigsburg, Landesarchiv Nordrhein-Westfalen – Abteilung Rheinland, Hauptstaatsarchive Stuttgart und Weimar, Staatsarchive Ludwigsburg und Sigmaringen, Kreisarchiv Heidenheim, Stadtarchive Sindelfingen, Stuttgart und Tübingen, Archiv des Landesverbandes der VVN-BdA in Stuttgart, Diözesanarchiv Rottenburg, Archiv der Gedenkstätte Dachau, Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma sowie dem Schwulen Museum in Berlin. Ein weiteres Dankeschön gebührt Rainer Hoffschildt vom Projekt «Namen und Gesichter» über die NS-Verfolgung von Homosexuellen.

Dem Mauthausen Komitee Stuttgart gilt unser Dank für die auf das Projekt begrenzte temporäre organisatorische Kooperation, der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, der Berthold Leibinger Stiftung, der Rosa-Luxemburg-Stiftung und der Vereinigung Gegen Vergessen – für Demokratie sowie dem Verein «Initiative Lern- und Gedenkort Hotel Silber» für die finanziellen Zuwendungen, die es uns erlaubten, einen Teil unserer Kopier- und Fahrtkosten zu decken und die Druckkosten zu senken.

Ingrid Bauz, Ralf Bogen, Sigrid Brüggemann, Sarah Kleinmann, Jens Kolata, Roland Maier

Die AutorInnen freuen sich über Hinweise und auch Kritik. Möchten Sie mit uns Kontakt aufnehmen, verwenden Sie bitte folgende E-Mail-Adresse: [Gestapobuch@schmetterling-verlag.de](mailto:Gestapobuch@schmetterling-verlag.de)

# Einleitung

Die Geheime Staatspolizei, kurz Gestapo oder auch Stapo genannt, war die Politische Polizei des nationalsozialistischen Staates.<sup>1</sup> Sie war mit außerordentlichen Vollmachten versehen, konnte Haus- und Wohnungsdurchsuchungen nach Belieben vornehmen, Personen auf unbestimmte Zeit verhaften und sie in Konzentrationslager einweisen, und war schließlich sogar befugt, Exekutionen ohne vorheriges Gerichtsurteil vorzunehmen. Das Kürzel «Gestapo» wurde zum Inbegriff des nationalsozialistischen Terrors und über den konkreten historischen Kontext hinaus zum politischen Schlagwort für staatliche Willkür, Polizeiübergrieffe, Folter und Morde. Diesem Image einer für den Einzelnen unberechenbaren bedrohlichen Macht hatten nicht zuletzt die Figuren an der Spitze des NS-Sicherheitsapparats selbst vorgearbeitet, um ihre Gegner einzuschüchtern und um letztlich jedes Verhalten, das als widerständig oder auch nur als abweichend interpretiert werden konnte, zu verunsichern. Dem Chef der Sicherheitspolizei<sup>2</sup>, Reinhard Heydrich, kam es durchaus entgegen, dass die Gestapo «vom raunenden und flüsternden Geheimnis des politischen Kriminalromans» umwoben schien und «mit einer Mischung aus Furcht und Gruseln» wahrgenommen wurde. Von diesem abschreckungspsychologischen Kalkül abgesehen war die furchteinflößende Ausstrahlung auch Folge eines bewusst verfolgten Konzepts polizeilich-exekutiver Schrankenlosigkeit. Gestapotheoretiker Werner Best propagierte die Beseitigung rechtsstaatlicher Residuen und die Utopie einer von allen normativen Bestimmungen emanzipierten, totalen Polizei: diese handle rechtmäßig, nicht indem sie Gesetze befolge, sondern indem sie «den Willen der Führung» vollziehe.<sup>3</sup> Postulate wie diese öffneten den Raum für all die ökonomischen, machtpolitischen und karriere- und eigensüchtigen Interessen jener, die auf unterschiedliche Weise in der Ausdehnung der staatspolizeilichen Macht ihren Nutzen oder ihre Chance sahen. Die normativ und im Krieg auch geographisch entgrenzte Gestapo versetzte halb Europa in Furcht und Schrecken. Unzählige Opfer gehen auf das Konto entfesselter Polizeigewalt. Die Gestapo wurde denn auch als einzige der staatlichen Institutionen des NS-Regimes bei den Nürnberger Prozessen zur verbrecherischen Organisation erklärt.

Jedoch förderte die exklusive Schuldzuweisung an die Gestapo zugleich den politischen, moralischen und juristischen Entlastungsdiskurs. Für all diejenigen, die mitgemacht oder zugeschaut und zu wenig oder nichts gegen das NS-Unrecht unternommen hatten – und das war die überwiegende Bevölkerungsmehrheit – war es bequem, die Gestapo zu einer Monströsität zu erheben,

1 «Politische Polizei» wird hier zeitlich übergreifend als Institution zur nachrichtendienstlichen und polizeilichen Bekämpfung von politisch motivierten Straftaten und politischer Gegner verstanden. In der Zeit des Nationalsozialismus setzte sich der Begriff (Geheime) Staatspolizei durch. In Preußen geschah dies bereits 1933, während die Umbenennung in Württemberg erst 1936 erfolgte. Die Bezeichnungen «Geheime Staatspolizei» (Gestapo) und «Staatspolizei» (Stapo) sind bedeutungsidentisch.

2 Die beiden Polizeisparten Kriminalpolizei und Gestapo wurden seit 1936 unter dem Oberbegriff «Sicherheitspolizei» (Sipo) zusammengefasst. Chef der Sicherheitspolizei (CdS) war seit 1936 Reinhard Heydrich, ab 1943 Ernst Kaltenbrunner.

3 Vgl. Best 1941, S. 26f.